Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 2.40, bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus vierteljährlich ℳ 3.—. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1178.
Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW 7, Dorotheenstraße 65. Tel. I, Nr. 9275.
Dresdner Redaktions-Bureau: Dresden-A., Pfunderitzstr. 25, Tel. I, Nr. 4583.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.
Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile für Leipzig und Umgebung 25 Pf., für auswärts 30 Pfg. Familien-, Wohnungs- und Stellen-Anzeigen 20 Pf.
Finanzielle Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter Text oder an besonderer Stelle nach Tarif. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen und Extrabeilagen nur in der Morgen-Ausgabe
Schluß der Annahme nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, Ecke Johannisgasse.
Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10
Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.
Filial-Expedition: Dresden, Marienstr. 34.

Nr. 62. | Sonntag 4. Februar 1906. | 100. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Die „Nord. Allg. Ztg." teilt mit, daß die **Kronprinzessin Cecilie** im Laufe des Sommers einem frohen Ereignis entgegensieht.

* An Stelle des verhinderten Prinzen Heinrich wurde durch den Herzog **von Ratibor** gestern die **Internationale Automobilausstellung** Berlin 1906 eröffnet. (S. Sport.)

* Amtlich wird bekannt gegeben, daß der **König von Rumänien** an leichter **Arterienverkalkung** in Verbindung mit allgemeiner **Gicht** leidet.

* Nach einer Meldung aus Tanger trifft der **Prätendent Bu Hamara** ernste Vorbereitungen, sich der Stadt **Said a zu bemächtigen**. Er erließ eine Ankündigung, wonach der Sultan nur noch zwei Monate in Fez geduldet werden würde.

* In Fellin in **Estthland** wurden 53 Aufrührer kriegsrechtlich erschossen. (Siehe Ausland.)

Zentrumskünste.

Auch wenn jemand einen klaren Einblick in das Wesen des Ultramontanismus in Deutschland, seine Motive, seine Kampfesmittel und seine verborgenen Minengänge gewonnen zu haben glaubt, wird er doch zugestehen müssen, daß die Mannigfaltigkeit seiner Lebensäußerungen unübersehbar ist, daß immer neue Nuancen seiner Politik sichtbar werden und daß er an Wandlungsfähigkeit, an Gestaltungsmöglichkeit und an Mut der Inkonsequenz verblüffend reich ist. So burlesk die Proklamierung der religiösen Toleranz von der innerlich wie äußerlich unduldsamsten aller Richtungen auch wirken muß, das Zentrum riskiert diese wahrhaft selbstverhöhnende Tat und verficht seinen Toleranzantrag mit einem Ernst, den nur der Hinweis auf seine bisherigen Erfolge rechtfertigt. Dabei kann gar nicht bestritten werden, daß es ein geradezu genialer Schachzug ist, Vorteile auf Grund von Prinzipien zu verlangen, die man selbst nicht im Geringsten anerkennt. Man ist auch durchaus nicht etwa geneigt, diese Toleranz von sich aus, gewissermaßen als Ergänzung der geforderten staatlichen Duldsamkeit zu konzedieren. Wer das in naiver Befangenheit vielleicht geglaubt hat, der lese recht aufmerksam die Rede des Zentrumsführers Spahn in der Mittwochssitzung des Reichstages. Sie muß auf jeden, der den Kern des Ultramontanismus noch nicht begriffen hat, wie eine Offenbarung wirken. Besonders die in ihr liegende rücksichtslose Desavouierung des Frhrn v. Hertling mit seinen pseudowissenschaftlichen Anwandlungen ist sehr wichtig, weil sie so deutlich zeigt, was alle die Beteuerungen von der Modernisierung der ultramontanen Anschauungen, von der Möglichkeit einer „katholischen Wissenschaft" für einen Wert haben. Freiherr v. Hertling, ein Mann, dessen ganzes Wesen ihn zum Reformkatholizismus drängt, der schwer um seine Existenz zu kämpfen hat, begab sich auf das Glatteis der Logik. Schon hierin zeigt sich sein völlig weltfremdes Gemüt. An Logik liegt dem Ultramontanismus aber auch gar nichts, und wo er Induktionen absolut nicht entbehren kann, da hilft er sich mit Kasuistik. Bei jedem Worte deckte deshalb der ehrliche Frhr. v. Hertling, dem man die eigenen Zweifel und seelischen Kompromisse vom Gesicht ablesen kann, neue Blößen der Zentrumsposition auf, ohne die Macht zu haben, diese Blößen auch nur zu decken. Er beansprucht allen Ernstes Glauben für seine Behauptung, das Zentrum sei selbst tolerant geworden. Daß der Katholizismus früher intolerant gewesen, muß er zugeben, weil seine ehrliche Natur es nicht fertig bringt, das zu leugnen. „Aber wir haben uns gewandelt", sagt er, „wir sind tolerant geworden. Das sehen Sie doch an unserem Toleranzantrag." Und wenn ihm jemand erwidert, ob er auch das Austragen liberaler Zeitungen für eine Sünde halte, ob er die Gewissensbedrängnis der in gemischter Ehe Lebenden für tolerant halte, dann weiß er, der selbst alle diese Fanatikertaten innerlich mißbilligt, vielleicht verachtet, nichts anzuführen, als die Behauptung, solche Dinge gehörten nicht vor eine politische Körperschaft, sondern seien Reservate des Dogmas. Da nun bekanntlich der katholische Klerus nie darauf verzichtet hat, alle Lebensäußerungen seiner Schäflein zu überwachen, so ist es nach dieser Methode schlechterdings unmöglich, Beweise für die Unduldsamkeit der Ultramontanen zu erbringen. Man braucht nur zu sagen, auch dieser Fall scheidet aus, denn er muß nach dem Dogma und nicht nach weltlichen Anschauungen entschieden werden. Wie schwach eine solche Verteidigung mit halben Zugeständnissen und innerlicher Unsicherheit wirken muß, das sahen die Zentrumsmannen denn schließlich selber ein, und deshalb wurde als letzter Redner ein ganz anderer Kämpe vorgeschickt, ein starker Mann und geschickter Fechter, einer, der sich nicht lange bei der Verteidigung aufhält, der auf Logik und Gründe, wenn es sein muß, keinen Pfifferling gibt, der feste um sich haut und mit schmetternden Tönen zum Angriff übergeht.

* Herr Spahn war der Retter in der Not. Schon lange muß es in ihm gezuckt haben, als er die verzwickten Versuche mit ansehen mußte, wie sein gelehrter Fraktionsgenosse Frhr. v. Hertling, den Gegnern wissenschaftlich zu kommen versuchte. Er machte die Sache anders. Jawohl, sagte er, wir fordern Toleranz, denn wir gestehen dem Staate nicht das Recht zu, uns zu behindern. Aber es fällt uns gar nicht ein, auf religiösem Gebiete selber tolerant zu sein. Das haben wir nicht nötig. Darum hat sich der Staat überhaupt nicht zu kümmern und andere Leute haben es erst recht nicht zu tun. Herr Spahn hat unzweifelhaft Recht mit dieser Auffassung, so lange sie sich nämlich die anderen Leute gefallen lassen. Und praktisch und bequem ist sie. Da gibt es keine Unklarheit, kein Paktieren, kein Zurückgehen wie beim Frhrn v. Hertling. Da wird nicht renommiert mit modernen Anwandlungen eigener Toleranz. Durchaus nicht. Wir wollen gar nicht tolerant sein, heißt es da, aber von euch verlangen wir es. Herr Spahn hätte hinzufügen müssen: wir dürfen und können gar nicht tolerant sein, unserm ganzen Wesen würde das widersprechen. Das tat er nun freilich nicht, aber dafür beschuldigte er den Abgeordneten Müller-Meiningen der Kulturkampfgelüste. Herr Müller habe das Einschreiten des Staates gegen die Kirche gefordert. „Kein anständiger Mensch wird es billigen." Köstlich, diese Verquickung von Politik und Moral! Herr Müller wehrte sich verzweifelt. Nicht gegen die Kirche sollte der Staat vorgehen, sondern gegen die bösartige und boshafte Herabsetzung seiner eigenen Einrichtungen durch klerikale Unduldsamkeit. Nützt alles nichts. „Kein anständiger Mensch wird es billigen." Unter diesem Schlachtruf wird die Rede des Abgeordneten Spahn, des Verteidigers des bedrängten Ultramontanismus, alle seine Anhänger zum Kampfe entflammen, und der intolerante Liberalismus wird verbrannt werden. Geschieht ihm schon recht. Warum läßt er sich auf Argumente im Kampfe mit den Ultramontanen ein. Erst lerne er deren Waffen führen, verzichte auf Logik, eigene Läuterung und ähnlichen Ballast. Und dann reite er seine Attacken — doch wird er wahrscheinlich bei dem Bemühen inzwischen selber ultramontan geworden sein.

Kein treffenderes Wort ist am Mittwoch gesprochen worden als das, in Bayern könne ja das Zentrum einmal die Probe auf das Toleranzexempel machen. Es wird sich hüten. Nur lachen würden die Machthaber der bayerischen Kammer über die Gimpel, die Toleranz von der herrschenden Partei verlangen. Aus dieser Erkenntnis rührt auch die Sympathie der Sozialdemokraten für den Antrag. Auch sie verlangen vom Staate immer Toleranz, für sich aber die Freiheit, den Staat umzubringen. „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein." Herr Spahn verstößt nicht gegen die Strafgesetze, denn er ist ein erfahrener Jurist, er erklärt seine Gegner nur für unanständige Menschen, wenn sie den Staat auffordern, sich seiner Haut zu wehren.

Unser gesamtes öffentliches Leben im Deutschen Reiche scheint unter der Drohung des bösen Wortes zu stehen: Qui mange du pape en meurt. Kein Regierungsvertreter wagt es mehr, dem Klerikalismus entgegenzutreten, nicht einmal mehr theoretisch. In der Praxis ist man schon an die Grenze der äußersten Willfährigkeit gegangen. Die Parteien als solche haben es aufgegeben, wider den ultramontanen Stachel zu löken. Nur einige Heißsporne scheuen die Wunden nicht, ohne doch viel ausrichten zu können. Inzwischen wächst die Macht des Radikalismus der äußersten Linken wie des Zentrums. Und der Grund der Aussichtslosigkeit des Kampfes, den der Staat eines Tages doch aus Selbsterhaltungstrieb führen muß, ist die Unklarheit, die Zwiespältigkeit der Staatsseele. So lange der Staat sich nicht auf seine Aufgabe beschränkt, so lange er seinerseits die individuelle geistige Freiheit beengt, so lange er selbst auf religiösem Gebiete schulmeistern will, so lange er sich christlich nennt, ohne es doch sein zu können, so lange wird er mit stumpfem Schwerte fechten. Erst wenn er die Bekenntnisse sich selbst überläßt und nicht mit der einen Hand schützen und mit der anderen wehren will, wird er Sieger bleiben. Es mag noch weit sein auf dem Wege zur Trennung von Staat und Kirche im Deutschen Reiche. Aber wenn je diese Trennung für ein Staatswesen Lebensbedürfnis war, so ist sie es für das glaubenszerrissene deutsche Land. Nicht eher wird Deutschland wirklich einig werden und seine gesamte Kraft entfalten können, als bis die Bekenntnisse den ewigen und natürlichen Streit ihrer Interessen nicht mehr auf staatlichem Gebiete austragen können. Deshalb mag der Weg zu diesem Ziele auch noch so weit sein — wir müssen ihn gehen. Und je eher sich die Erkenntnis dieser Notwendigkeit im Volke Bahn bricht, desto besser. Und in der Trennungsstunde wird der deutsche Liberalismus neu geboren werden.

Der Handel Europas mit Marokko.

Aus **Paris** wird uns geschrieben:

Die Siegesgewißheit, mit der Frankreich in Algeciras einzog, ist ja längst verraucht, Europa denkt nicht daran, der Republik das Sultanat einfach zu Füßen zu legen. Aber, wenn auch die Aussichten nicht so rosig sind, wie man vorausgesetzt hatte, so läßt man doch nicht ab, neue Beweisstücke zu sammeln, um die französischen Ansprüche zu verteidigen. Heute ist wieder der „Temps" mit einem Artikel auf dem Plane, der die Frage von der Handelsseite bespricht.

Das Blatt lehnt sich an eine Veröffentlichung des Nationalamtes für auswärtigen Handel an, in dem „zufälliger" Weise gerade der provisorische Chef der Zollkontrolle in Marokko das Wort ergreift. Es handelt sich um die Entwicklung des Handels in Marokko während der Jahre 1903 und 1904 und ist, wie der „Temps" versichert, eine wertvolle Studie für das schon im Gelbbuch behandelte Kapitel der französischen Kolonialgeschichte.

Die Reformen, die Frankreich 1904 vorgenommen hat, waren lediglich, so sagt der Verfasser, durch das Interesse Marokkos geboten. Seit 1903 hatten die Anarchie im Innern und die Unfähigkeit des Maghzen gegen den Roghi, kurz, die zunehmende Unsicherheit den Europahandel mit dem Sultanat fühlbar vermindert. Der Handel über die **Häfen** hatte sich zwar um 7 Millionen **gehoben**, aber von **Algier** aus war er **gesunken**, d. h. also, daß der französische, **nicht** der Europas, der doch über die Häfen geht, gesunken ist. Der Handel mit Algier ergab noch im Jahre 1902 volle 16 Millionen, sank dann von Jahr zu Jahr auf 11 und auf 10 Millionen, — das sind dieselben Millionen, die der Hafenhandel gewonnen hat, die Marokkaner haben eben lieber nicht mehr bei Frankreich gekauft. So ist denn auch im Jahre 1904 und 1905 ein weiterer Rückgang zu verzeichnen, nur noch 8½ Millionen sind erreicht, ein **volles Drittel** ist in drei Jahren **eingebüßt** worden. Auch der Seehandel ist in dem letzten Jahre von 99 auf 90 Millionen zurückgegangen, allein der Hafen Larache ist nur mit 9 anstatt mit 16 Millionen vertreten, weil die Karawanen nicht sicher nach Fez passieren können. Auch Casablanca ist um zwei resp. eine Million gesunken, in Ein- und Ausfuhr. Und das allein — so macht der „Temps" wiederholt aufmerksam —, weil Frankreich die Reformen nicht durchsetzt, die in deutschen Blättern, als lediglich im Interesse Frankreichs liegend, zurückgewiesen werden.

Ueber die Beteiligung der einzelnen Staaten an dem Handel Marokkos im Jahre 1903 und 1904 erfahren wir, daß **England** in der Hafenbewegung obenan stehe. Es hat auch seinen Anteil an der allgemeinen Abnahme, aber sein Anteil ist nur von 41 auf 40 Prozent gefallen. **Frankreich**, das trotz der Grenznachbarschaft an **zweiter** Stelle rangiert, also starken Landhandel besitzt, setzte im Jahre 1903 34 Millionen, 1904 noch 29½ Millionen um, das sind 30 Prozent des Gesamthandels. Daraus folgert der „Temps", daß, da der französische Handel den britischen nicht geschädigt habe, auch die Befürchtung einer „gewissen Macht" wegen der Verdrängung des sonstigen Handels nicht am Platze sein. Man kann sich leicht denken, daß die Franzosen den Ententebruder, der ja den Schaum von dem Marokkohandel bereits in Falschoda abgeschöpft hat, mit Glacéhandschuhen anfassen, damit er nicht noch britischem Gebrauch umschlägt und dem Kontrahenten überläßt, selbst zu seinem Vorteil zu kommen.

Weit hinter England und Frankreich kommen **Deutschland** und **Spanien**, obgleich man nicht verkennen kann, daß Deutschland an dem allgemeinen Rückgang **nicht** teilnimmt, sondern **allein im Fortschreiten begriffen** ist. Dafür muß der französische Offiziosus selber die Daten aus der amtlichen Veröffentlichung seines Handelsamtes entnehmen. Mit bitterster Miene gesteht er ein, daß **Deutschland** 1902: 9 Millionen, 1903: 10 Millionen, 1904: 10,9 Millionen erzielt hat, somit ist der deutsche Handel im **Wachsen**, der englische und der französische im **Abnehmen**. Er ist auch prozentual gestiegen von 9 Prozent des Gesamthandels im Jahre 1903 auf 11 Prozent im Jahre 1904. Das sind noch keine 40 und 30, aber der deutsche Kaufmann, so sagt der „Temps", hat in allen Teilen der Erde bewiesen, daß er Manns genug ist, gegen die Konkurrenten aller andern Länder aufzukommen. Dabei kommen den Deutschen ihre Schiffahrtslinien sehr zunutze.

Was **Spanien** anbetrifft, so ist es von 8 Millionen auf 7 zurückgegangen, es sieht aber diese Summe bei der Kleinheit seines Handelsbudgets und der bequemen Lage des Sultanats als wertvoll an. Der „Temps" fügt wieder gunstheischend hinzu, daß Spanien wohl wisse, daß ihm nicht von Frankreich, sondern von Deutschland Konkurrenz drohe. Dabei vergißt der „Temps", daß gerade jetzt der Streit wegen des Roghi den spanischen Handel bedrückt, und den Roghi hält Frankreich.

„Wenn Deutschland seine Position nicht aufgeben will", sagt der „Temps" weiter, „so ist das ihm nicht zu verdenken, aber es ist nicht einzusehen, wie es die französische Politik als Streben nach einem Monopol im Scherifischen Reiche betrachten könnte. In der Abmachung, sowohl mit England als mit Spanien, ist das Prinzip der offenen Tür anerkannt, Frankreich verteidigt es auch auf der Konferenz. Und das ist in der Tat das Vorteilhafteste für die Republik, denn bei der freien Konkurrenz hat sie immer die Vorzüge der Grenznachbarschaft voraus, einige Artikel, wie Drogen und Zucker, sind sogar in den letzten Jahre der abnehmenden Einfuhr noch gestiegen, somit sind die Aussichten Frankreichs zurzeit günstiger."

So sind die Meinungen des „Temps", aber sie zeigen wenig kaufmännisches Urteil. Daß Frankreich mit seiner Nachbarschaft nicht an erster Stelle steht, daß John Bull zurückgeht, das ist ein Beweis, daß die Marokkaner selbst einen Unterschied beim Einkauf machen, daß sie lieber von dem deutschen Kaufmann nehmen, der sich ihrem Geschmacke anpaßt, als von dem Briten, der alles nach seiner „eigenen Elle", genannt Yard, mißt.

Deutsches Reich.

Leipzig, 4. Februar.

* **Der Arbeitsplan der Budgetkommission des Reichstags.** Die Budgetkommission des Reichstags wird mit Rücksicht darauf, daß an eine Plenarberatung der Militärpensionsgesetze in zweiter und dritter Lesung vor Ostern nicht mehr zu denken ist, da die Etatsberatung die ganze Zeit absorbiert, zunächst die Kolonialetats mit den Nachtragsetats zu Ende beraten, im Anschluß daran den Etat des Reichskolonialamtes (Umwandlung der Kolonialabteilung in ein selbständiges Kolonialamt) behandeln und die restierenden Etats (Militär-, Marineetat, Auswärtiges Amt, Reichsschuld, Reichsinvalidenfonds, Finanzierung) zum Schluß aufarbeiten. Man hofft mit dieser Arbeit bis zum 22. Februar fertig zu werden. Dann soll sofort die Beratung des Flottengesetzes und des Militärpensionsgesetzes folgen, so daß die Kommission bis gegen Mitte März vollauf zu tun haben wird. Der Bericht über die Militärpensionsgesetze soll so gefördert werden, daß er noch vor Eintritt der Osterferien den Mitgliedern vorliegt. In einflußreichen Kreisen wird darauf hingearbeitet, die endgültige Erledigung der Pensionsgesetze, die bekanntlich rückwirkende Kraft bis 1. April 1905 haben, gleich nach Ostern vorzunehmen, da dieser Gesetzentwurf darauf Anspruch machen kann, vor allen anderen Gesetzen behandelt zu werden. Man dürfte, falls diese Absicht durchdringt, die endgültige Annahme des Gesetzes zu Anfang Mai etwa erwarten.

* **Afrikanische Verlustliste.** Am Typhus gestorben: Reiter Karl Klumpp, geb. zu Meyingen, früher 20. Königl. Bayerisches Infanterie-Regiment, zuletzt beim Bezirkskommando Stockach in Baden, 27. Januar in der Krankensammelstelle Koe. Gefreiter Ernst Völkner, geb. zu Jeferitz, früher Kulmer Infanterie-Regiment Nr. 141, 29. Januar in Otjosondu.

* **Von der Volkszählung.** Vom Statistischen Bureau der Herzogtümer **Koburg-Gotha** wird jetzt für letztere das Ergebnis der Volkszählung am 1. Dezember 1905 bekannt gegeben. Danach betrug die Bevölkerung 242 202 Personen gegen 229 550 am 1. Dezember 1900, also eine Zunahme in der Zählperiode 1900/05 von 12 742 Personen oder 5,6 Proz. Das Herzogtum Gotha hatte am 1. Dezember 1905 170 778, am 1. Dezember 1900 162 736, also zusammen 8037 oder 4,9 Prozent. Das Herzogtum Koburg zählte am 1. Dezember 1905 71 519, am 1. Dezember 1900 68 814, das ist eine Zunahme von 4704 Personen oder 7 Prozent.

* **Zu Stephanys Verhaftung.** Nach Mitteilungen, die das Züricher „Volksrecht", offenbar von sozialdemokratischer Seite, aus dem Elsaß erhält, sollen die Akten, die Stephani unterschlagen habe, nur aus Kopien zweier Briefe bestehen, durch die ein Arzt einen Kollegen unerlaubter Handlungen selbst denunziert. Die deutschen Behörden behaupten, daß auch andere Akten unterschlagen wurden. Die Züricher Polizei hat korrekt gehandelt, da die gesetzlichen Vorschriften und der Auslieferungsvertrag zu Verhandlungen nötigten. Nach dem Rekurs Stephanys ist, wie schon berichtet, die Angelegenheit beim Bundesgericht anhängig, welches über die Auslieferung entscheidet.

* **Die Remscheider Ortskrankenkasse ist schon** früher durch ihren Streit mit den Aerzten bekannt geworden. Jetzt hat sie ihr Schicksal erreicht. Der Oberbürgermeister von Remscheid macht als Leiter der Aufsichtsbehörde über die dortige allgemeine Ortskrankenkasse bekannt, daß die Aufsichtsbehörde gemäß § 45 des Krankenversicherungsgesetzes die Befugnisse und Obliegenheiten des Kassenvorstandes übernommen hat, d. h. die Kasse ist nach Enthebung des Vorstandes unter Zwangsverwaltung gestellt, und zwar aus folgenden Gründen:

Erstens ist, wie es in der Bekanntmachung heißt, „eine große Anzahl von Tatsachen ermittelt worden, die eine grobe Unzuverlässigkeit und gesetzwidrige Geschäftsführung der die Kasse beherrschenden Mehrheit des Vorstandes erweisen." Zweitens hat sich der Kassenvorstand fortgesetzt geweigert, die bei verschiedenen Revisionen der Kassenführung festgestellten Mängel abzustellen; es sind solche sogar neuerdings wieder in erheblichem Maße festgestellt worden. Es ist ein recht langes Sündenregister, das der Oberbürgermeister dem Remscheider Kassenvorstande vorhält. Nur das Größte sei herausgehoben. Ein Heilgehilfe namens Clemens war der Aufsichtsbehörde von der Kasse als Heilgehilfe gemeldet; trotzdem wurden ihm erkrankte Kassenmitglieder zur selbständigen Heilbehandlung überwiesen. Um dies zu verschleiern, hat der Vorstand einen ihm gefügigen Arzt dazu kommandiert, die bis auf die ärztliche Unterschrift von Clemens ausgefertigten, für die Erhebung des Krankengeldes vorgeschriebenen Krankenscheine zu unterschreiben. Der Arzt tat dies, obwohl er die von Clemens behandelten Kranken gar nicht gesehen hatte. Clemens erhielt für einen wöchentlichen Sprechnachmittag 300 ℳ Jahresgehalt, also 60 ℳ für den Sprechnachmittag. Es werden weiter mehr Kassenbeamte angestellt als nötig waren, nur um „Versorgungsstellen für bewährte Mitglieder der sozialdemokratischen Partei" zu beschaffen. Im Interesse dieser politischen Partei wurden auch Kasseneinrichtungen benutzt; aus demselben Grunde wurden Kassenbeamte beurlaubt. Schließlich ist festgestellt worden, daß die Dienstgeschäfte ganz ungenügend erledigt wurden. Das ist nicht verwunderlich, wenn man hört, daß bei der Anstellung von Kassenbeamten nicht deren Befähigung, sondern ihre „gute Gesinnung" ausschlaggebend war.

Das sind böse Anklagen gegen die sozialdemokratische Kassenverwaltung. Man kann sich nicht wundern, wenn in Rücksicht auf sie die Pläne verstärkt werden, die auf eine Beschneidung der Selbstverwaltung der Kassen hinauslaufen. Sollten sie verwirklicht und damit die Rechte der Arbeiter beschnitten werden, so können sich diese bei der Sozialdemokratie dafür bedanken, die durch ihre Ausnutzung einer sozial trefflichen Einrichtung zu egoistischen Parteizwecken die Arbeiter in ihren Rechten schädigt. Und die nicht mehr neue Erkenntnis wird damit bekräftigt, daß die Sozialdemokratie in ihren Wirkungen nicht arbeiterfreundlich sondern arbeiterfeindlich ist.

* **Altersgrenze für Professoren?** Zu unserer Notiz in Nr. 59 über preußische Professorenfragen wird uns geschrieben: Daß einem Universitätsprofessor, der sich noch arbeitsfähig fühlt und dessen Lehrtätigkeit noch Beifall und Erfolg hat, bloß weil er etwa 70 Jahre alt geworden ist, untersagt werden soll, weitere Vorlesungen und Uebungen zu halten, wird jedermann als ein mechanisches Verfahren und als Härte empfinden; vielleicht denkt auch in maßgebenden Kreisen niemand daran. Aber ebenso klar ist, welche Uebelstände es mit sich bringt, wenn es im allgemeinen dem einzelnen Hochschullehrer völlig überlassen bleibt, selbst zu bestimmen, wenn er sich zurückziehen will. Einer von diesen Uebelständen läßt sich nun sehr leicht beseitigen, nämlich der, daß bei einem in der Tat alt gewordenen und nicht mehr auf der Höhe stehenden Dozenten doch immer noch Kollegien belegt und z. T. auch gehört werden, lediglich, weil er — Examinator ist. Abgesehen von der Unwürdigkeit des Verhältnisses an sich, es vergeudet dabei der Student seine Zeit, wenn er das Kolleg wirklich hört, und in jedem Falle lernt er leicht mit dem Mann zugleich verkehrter Weise das Fach gering schätzen. Examinierte er nicht mehr, so würde der Besuch seiner Vorlesungen bald genug aussterben; ob die Behörde dann auch formell ihm einen Nachfolger geben oder sich damit begnügen will, daß — wie es an jeder größeren Universität mit allen Fächern der Fall ist — über denselben Gegenstand ja noch andere lesen, deren Kollegs nun wirklich besucht werden, kann ihr ja überlassen werden. In jedem Falle gilt: wir freuen uns, daß manche deutsche Professoren von Weltruf noch ihre akademische Tätigkeit ausüben und ihre Schüler begeistern, auch nachdem sie die 70 überschritten haben, und wer überhaupt als Lehrer noch im Alter fruchtbar wirken kann, der soll es tun, der wird es aber auch tun, auch wenn er nicht mehr examiniert; aber niemals kann es von unersetzlichem Wert sein, daß ein

SLUB
Wir führen Wissen.